

**Haushaltsplan 2020 und Finanzplanung bis 2023;
Einbringung des Entwurfs
Wirtschaftsplan 2020 des Eigenbetriebs Wasserwerk Nordheim;
Einbringung des Entwurfs**

Haushaltsrede von Bürgermeister Schiek am 13.12.2019:

„Mit dem Haushaltsentwurf für 2020 präsentiert die Verwaltung ein Werk, das ich als Arbeitshaushalt bezeichnen möchte.

Für den Ergebnishaushalt (früher: Verwaltungshaushalt, laufende Einnahmen und Ausgaben) verwende ich zur Vergleichbarkeit und Einordnung in die Historie den Zahlungsmittelüberschuss. Der liegt laut Plan bei rund 320.000 EUR. Das ist etwas weniger, als die Vorjahresprognosen für 2020 verheißen haben. Ein Blick zurück auf Ergebnisse der Vorjahre zeigt, dass für uns diese Zielgröße – nach Erläuterung – durchaus im Rahmen liegt. Das gilt erst recht, wenn man weiß, dass wir es in den vergangenen 20 Jahren noch jedesmal geschafft haben, dass das Ergebnis besser wird, als es der Plan war. Und wir wissen auch, woher der Rückgang ggü. dem Vorjahr kommt. Im wesentlichen sind es zwei Punkte:

1. sind wir mit Blick auf konjunkturelle Eintrübungen lieber vorsichtig und veranschlagen die Gewerbesteuer mit 2,3 Mio EUR um 200.000 EUR niedriger als im Vorjahr.
2. liegen die Personalausgaben für unsere derzeit 198 Beschäftigten (davon viele Teilzeitstellen) bei fast 8 Mio EUR und damit fast um 1 Mio EUR höher als im Vorjahr. Die Gründe sind bekannt; Herr Schmidt wird sie nachher nochmal benennen. In diesem Zusammenhang meine Einschätzung: das Personal, das wir zur Erfüllung unserer Aufgaben brauchen, ist als Gesamtes eine große, vielleicht die größte Herausforderung der nächsten Jahre.

Wenn ich also sage, wir wissen, wo unsere Zahlen herkommen und damit unser Ergebnis, dann heißt das nicht, dass wir damit zufrieden sind. Nein, wir sind es nicht.

Wir sind es schon deshalb nicht, weil wir mit dem Neuen Kassen- und Haushaltsrecht (NHKR) dazu verpflichtet sind, künftig auch unsere Abschreibungen, also den jährlichen Verzehr unserer Vermögenswerte zu erwirtschaften.

Diese Abschreibungen sind nach der inzwischen vorliegenden Vermögensbewertung erstmals exakt ausgewiesen, was ja ebenso dringender Wunsch des Gemeinderates war, wie auch unserer. Wie sich nun zeigt, waren die in den letzten drei Jahren verwendeten Schätzzahlen richtig gut. Wenn ich nun den Netto-Abschreibungsbetrag mit rund 1,4 Mio EUR vom erwähnten Zahlungsmittelüberschuss abziehe, dann ergibt sich im Ergebnishaushalt ein Verlust von rund 1 Mio EUR. Heißt also, wir können unsere Abschreibungen derzeit nicht erwirtschaften.

Ist das jetzt schlimm? Kommt drauf an, wen man fragt und wie man es betrachtet.

Nochmal einfach dargestellt: Der Überschuss aus laufenden Ein- und Auszahlungen beträgt etwa 320.000 EUR, wir haben also noch Wasser unter dem Kiel. Beziehen wir die nicht kassenwirksamen Abschreibungen ein, verschlechtert sich das Ergebnis auf etwa rund 1 Mio EUR Verlust.

Und jetzt zur Betrachtung. Zu meiner Betrachtung, die sich von der des Kämmerers vielleicht sogar etwas unterscheidet.

Perspektive 1:

Unser Land hat ja den Gemeinden diese Vorgaben (Pflicht zur Erwirtschaftung der Abschreibungen) aufs Auge gedrückt. Eine der wesentlichen Begründungen: „intergenerative Gerechtigkeit“. Soll in etwa heißen, man soll keine Schulden oder Altlasten hinterlassen; jede Generation soll für das aufkommen, was Sie auch nutzt. Hört sich gut an, aber:

Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel, zig-millionenschwer investiert z.B. in Kindergärten, Schule, Festhalle, Freibad, Sportanlagen usw.. Dennoch war unser Schuldenstand bis letzte Woche nahezu bei Null, das ist also alles bezahlt. Und jetzt sollen wir es durch den Ausgleich der Abschreibungen gleich nochmal bezahlen. Das soll generationengerecht sein? Verwunderlich auch, dass das Land von den Kommunen diese neue Form der Kassen- und Haushaltsrechnung verlangt, diese aber selbst nicht anwendet. Das kommentier ich lieber nicht. Das passt aber gut zum eigentlich geltenden Konnexitätsprinzip; übersetzt: wer bestellt, bezahlt. Wer eine Aufgabe schafft, soll auch für deren Finanzierung sorgen. Leider steht das nur auf dem Papier. Immer wieder gibt es erheblichen Streit der Kommunen mit Bund und Land, weil wir vor Ort politische Entscheidungen umsetzen müssen. Ja, in den letzten Jahren wurden in manchen Bereichen die Zuschüsse deutlich erhöht. Aber sie haben mit der Entwicklung der Ausgaben

absolut nicht Schritt gehalten. Ich nenne jetzt nur die Kinderbetreuung oder Sozialausgaben, die wir ja über die Kreisumlage bezahlen. Hier greifen Bund und Land immer wieder den Kommunen in die Taschen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die derzeitige bundespolitische Diskussion, doch die Schuldenbremse und die „schwarze Null“ aufzugeben. Und das in Zeiten höchster Steueraufkommen. Der ohnehin hochverschuldete Bund soll also noch mehr investieren und zusätzliche Schulden machen. Wie das mit dem zusammenpassen soll, was den Kommunen abverlangt wird (u.a. Erwirtschaftung der Abschreibungen und gleichzeitig immer mehr Aufgaben), das ist mir ein Rätsel.

Trotz dieser Erklärung mit eingebauter Kritik wär mir natürlich lieber, wir hätten ein so gutes Ergebnis, dass die Abschreibungen gedeckt sind. Und genau da wollen wir auch hin.

Perspektive 2 (zur Betrachtung des Ergebnishaushaltes):

Natürlich sind wir nicht zufrieden, wir wären gern besser, und zwar dauerhaft. Wir stecken jetzt aber ganz gewiss nicht den Kopf in den Sand. Vielmehr sind wir davon überzeugt, dass wir durch strukturelle Maßnahmen ein besseres Ergebnis erzielen können, ohne wesentlich schlechtere Leistungen zu erbringen. Dieser Begriff: „strukturell“ wird ja in diesem Zusammenhang sehr gern verwendet. Um es klar zu sagen. Das Streichen eines Planansatzes ist keine strukturelle Verbesserung und meist auch keine Einsparung. Wenn eine Aufgabe erfüllt werden muss, dann spare ich nicht dadurch, dass ich für eine Aufgabe kein Geld bereit stelle. Strukturell spare ich z.B. dann, wenn beschlossen wird, dass wir eine Aufgabe nicht mehr erfüllen. Oder in einem günstigeren Standard. Wir denken schon, dass es da auch bei uns Potenzial gibt. Die Aufarbeitung und Umsetzung ist allerdings mühsames Geschäft und muss erst getan werden. Das geht nicht nebenbei. Wir wollen uns dem aber stellen, gemeinsam mit dem Gemeinderat. Dazu noch ein Aspekt. Die Finanzstruktur eines Haushaltes kann man nicht nur auf der Ausgaben-, sondern auch auf der Einnahmenseite verbessern. Ständig Leistungen auszubauen, ohne eine wenigstens angemessene Mitfinanzierung der Nutzer zu gestalten, geht auf Dauer nicht. Auch das ist aber wenig erfreuliche Arbeit, wie wir wissen.

Ob wir vor diesem Hintergrund im kommenden Jahr die ein oder andere Gebühr überprüfen werden, das lasse ich jetzt offen. Eine Erhöhung der Hebesätze für Grund- oder Gewerbesteuer wird im 5. Jahr nacheinander von der Verwaltung nicht vorgeschlagen.

Zu den Investitionen in 2020; dabei beschränke ich mich auf die großen Brocken.

- Für die Fertigstellung des Rathauses einschließlich der Außenanlagen werden wir rund 3 Mio EUR aufwenden, für den Kindergarten und die Vereinsräume in der Südstraße, ebenfalls mit Außenanlagen, rund 2,7 Mio EUR.
- Ein neues Fahrzeug für unsere Feuerwehr kostet rund 450.000 EUR.
- Wir haben vor, Gebäude zu erwerben für knapp 500.000 EUR. Das tun wir nicht zum Spaß, sondern zur Erfüllung unserer Aufgaben.
- Für die Vorbereitungen der Ortssanierung in Nordhausen, die verstärkt angegangen werden sollen, sobald es unsere Personalsituation zulässt, sind 240.000 EUR vorgesehen.
- Mit unserem Stromverteilungsnetz, das überwiegend uns gehört, sind wir Miteigentümer der Neckar Netze Gesellschaft. Wegen weiterer Investitionen braucht die Gesellschaft ein Darlehen von uns über 335.000 EUR, das allerdings attraktiv verzinst wird.

Wer mitgerechnet hat - wir sind schon bei über 7,2 Mio EUR. Einschließlich vieler kleinerer Projekte ergibt sich insgesamt eine Investitionssumme von rund 8,4 Mio EUR. Unsere Eigenmittel und Zuschüsse, die wir erhalten, reichen zur Deckung nicht aus. Wir brauchen deshalb laut Plan einen Kredit von knapp 2,7 Mio EUR.

Mit Blick auf die Aufgaben, die wir erfüllen wollen, den Stand unseres Vermögens, den wir beträchtlich erhöhen und mit Blick auf die bisherige gut vertretbare Verschuldung bin ich da nicht begeistert, aber die Perspektive bereitet mir auch keine schlaflosen Nächte.

Bedenklich wird es eher dann, wenn ich den Finanzplan der Folgejahre anschau. Der wird zwar nicht so kommen, wie er jetzt skizziert ist, aber die Aussicht auf weitere 4 Mio EUR Schulden, die wir zur Umsetzung unserer Ziele brauchen, wenn sich nichts ändert, die ist dann doch herausfordernd im Sinne von: Das wollen wir nicht!

Aufgabe und Ziel sind deshalb für mich völlig klar. Wir werden uns nach Kräften bemühen, dass der Schuldenstand in den kommenden Jahren wesentlich geringer ist, als derzeit anzunehmen. Dass dies nicht mit Handauflegen funktioniert, sondern entsprechender Beschlüsse bedarf, ist klar. Diese erfordern vorab viel Arbeit und Auseinandersetzung mit der Materie und können dann hoffentlich auf breiter Basis getroffen werden.

Der Entwurf von Haushalt und Finanzplan, den Herr Schmidt und sein Team aufgestellt haben, ist aus heutiger Sicht realistisch und vorsichtig gestaltet. Was zusätzlich kommen wird oder danach, das wissen wir nicht. Dieses Werke sind ständig fortzuschreiben. Wir haben z.B. keine Ballsporthalle finanziert, auch keine gewässerbaulichen Maßnahmen, deren Planung wir unter den Überschriften „Hochwasser- und Starkregengefahren“ angehen müssen. Wir haben gut 1,5 Mio EUR für Maßnahmen im Straßenbau und der Abwasserbeseitigung finanziert, was eine reine Schätzgröße ist. Wir haben keinen Einnahmenüberschuss aus einem angedachten Baugebiet Weißen III in den Finanzplan eingebaut. Der ist zwar bei dessen Realisierung zu erwarten, aber wir gehen davon aus, dass wir spätestens dann auch weitere millionenschwere Investitionen im Kindergartenbereich brauchen. Kurzum: auch die Jahre nach 2020 werden spannend. Zunächst aber kümmern wir uns ums das kommende Haushaltsjahr. Wir steigen in die Haushaltsberatungen ein und haben schon eine Klausurtagung des Gemeinderates terminiert, die sich schwerpunktmäßig mit unseren Kindergärten befassen wird. Angesichts 2,2 Mio EUR jährlichem Defizit alleine für diese Aufgabe (ohne Abschreibungen!) sicher ein ganz spannendes Thema, ebenso wichtig wie kostenträchtig. Für den weitgehend neuen Gemeinderat ist das alles Herausforderung und Chance zugleich. Ganz gewiss werden wir das miteinander gut bewältigen“.